

Leibniz-Einrichtungen in München, Mannheim, Bremerhaven, Dortmund und Hamburg evaluiert

Die gemeinsame Förderung von fünf Leibniz-Einrichtungen durch Bund und Länder soll fortgeführt werden. Das empfiehlt der Senat der Leibniz-Gemeinschaft nach Abschluss der regelmäßigen wissenschaftlichen Evaluierung. Eine erneute Überprüfung der Fördervoraussetzungen soll bei vier Einrichtungen nach dem Regelturnus von sieben Jahren, bei einem Institut jedoch schon nach vier Jahren erfolgen.

Folgende Leibniz-Einrichtungen wurden evaluiert:

- Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik, München (DM)
- Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim (IDS)
- Deutsches Schifffahrtsmuseum - Leibniz-Institut für Maritime Geschichte, Bremerhaven (DSM)
- Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund (IfADo)
- Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg (HBI)

Zu den Stellungnahmen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft im Einzelnen:

1) Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik, München (DM)

Das Deutsche Museum widmet sich als Leibniz-Forschungsmuseum der Sammlung und Bewahrung technik- und wissenschaftshistorisch bedeutsamer Objekte, der Erforschung der Geschichte von Naturwissenschaft und Technik sowie der Wissensvermittlung, insbesondere durch Ausstellungen.

In seiner heute veröffentlichten Stellungnahme würdigt der Senat der Leibniz-Gemeinschaft die Ergebnisse bei den umfassenden Sanierungsarbeiten auf der Münchner Museumsinsel. Im Jahr 2022 wurden nach dem Abschluss wesentlicher Bauarbeiten 19

neue Dauerausstellungen eröffnet. Es sei bemerkenswert, dass bereits im Jahr darauf wieder 1,4 Millionen Besuche gezählt wurden, ein Publikumszuspruch wie vor der Pandemie. Das DM unternehme nun wichtige Schritte, um seine umfangreichen Sammlungsbestände in einem Zentraldepot zusammenzuführen.

Der Senat hebt die Grundlagen für die musealen Leistungen des DM hervor: dies seien zum einen die historischen Sammlungen, an deren digitaler Verfügbarkeit für Forschung und Öffentlichkeit intensiv gearbeitet werde. Zum anderen werde am Deutschen Museum auf sehr hohem Niveau zu Technik-, Umwelt- und Wissenschaftsgeschichte sowie Wissenschaftskommunikation geforscht. Die enge Zusammenarbeit mit der TU München und der Ludwig-Maximilians-Universität bewähre sich sehr. Der Senat begrüßt, dass sowohl die Nachfolge für den im Mai 2025 ausscheidenden Generaldirektor als auch für den Leiter des Forschungsbereichs gemeinsam mit den Münchner Universitäten besetzt würden. Die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre biete neuen wissenschaftlichen Leitungspersonlichkeiten gemeinsam mit dem Kaufmännischen Direktor eine ausgezeichnete Grundlage, um die strategische Entwicklung des Deutschen Museums weiter auszugestalten.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des Deutschen Museums fortzusetzen.

2) Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim (IDS)

Das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache erbringe hervorragende linguistische Forschungsarbeiten zur deutschen Sprache und ihrer Entwicklung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs, so der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heutigen Stellungnahme. Zudem verantworte das Institut wichtige Infrastrukturen, über die Sprachdaten für die germanistische Linguistik weltweit bereitgestellt werden. Außerdem engagiere sich das IDS erfolgreich im Wissenstransfer, beispielsweise durch sein Engagement für den Rat für deutsche Rechtschreibung und durch Sprachberatung für Behörden.

Unter der seit 2018 amtierenden neuen Leitung habe das IDS einen umfassenden Strategieprozess durchlaufen und sich seit der letzten Evaluierung ausgezeichnet entwickelt, u. a. durch eine Ausweitung der digitalen Sprachwissenschaft. Im Anschluss daran sähen die zukünftigen Planungen sehr vielversprechende Arbeiten zu Eigenschaften und Auswirkungen von computergenerierter Sprache vor. Außerdem bereite das IDS zusätzliche Transfer- und Spracherhebungsaktivitäten im Rahmen eines „Forums Deutsche Sprache“ vor, für das derzeit ein Neubau am Mannheimer Neckarufer geplant werde.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des IDS fortzusetzen.

3) Deutsches Schifffahrtsmuseum - Leibniz-Institut für Maritime Geschichte, Bremerhaven (DSM)

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum - Leibniz-Institut für Maritime Geschichte zielt darauf, maritime historische Bestände zu sammeln und zu erhalten, mit diesen Beständen und darüber hinaus auf allen Gebieten der Schifffahrtsgeschichte zu forschen und die Ergebnisse zu vermitteln, insbesondere auch über Ausstellungen.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hält in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme fest, dass das DSM den vor zehn Jahren begonnenen umfassenden Prozess einer Neuausrichtung bei weitem noch nicht abgeschlossen habe. Vor sieben Jahren habe man deutliche Fortschritte erkennen können, anschließend sei dieser Prozess ins Stocken geraten. Dies habe verschiedene Ursachen, u. a. verweist der Senat auf die nicht abgeschlossene bauliche Neugestaltung und eine hohe personelle Fluktuation.

Der Senat weist darauf hin, dass derzeit zentrale strategische Fragen zum Umgang mit der musealen Sammlung, zur Strukturierung der Forschungsarbeit und zur musealen Vermittlung noch offen seien. Bei den Nutzungsmöglichkeiten seiner Sammlungsbestände habe das DSM mit der Freischaltung eines digitalen Depots einen wichtigen Zwischenschritt erreicht. Das Museum spreche ein breites Publikum an, die Zahl der Besuche sei aber seit 1999 kontinuierlich zurückgegangen. Neben der Ausstellung der Hanse-Kogge – deren Fund 1971 zur Gründung des DSM geführt habe – wurde im Juli 2024 nun aber eine zweite Dauerausstellung im Erweiterungsbau („Bangert-Bau“) eröffnet. Es sei zu hoffen, dass auch im „Scharoun-Bau“ sobald wie möglich eine bereits konzipierte neue Dauerausstellung eröffnet werden könne.

Der zuvor stark regional ausgerichtete Stiftungsrat sei, wie vor sieben Jahren empfohlen, im Dezember 2023 an die Erwartungen an eine Leibniz-Einrichtung angepasst worden. Die Verantwortlichen müssten nun die notwendigen Entwicklungen kraftvoll und zügig vorantreiben, um auf Dauer eine überregionale Bedeutung und ein gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches Interesse als Voraussetzung einer gemeinsamen Bund-Länder-Förderung zu sichern. Die vielfältigen konstruktiven Empfehlungen im Bewertungsbericht müssten nun aufgegriffen und umgesetzt werden.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, die nächste Überprüfung der Fördervoraussetzungen in vier Jahren vorzusehen.

4) Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund (IfADo)

Das Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund untersucht, wie sich die moderne Arbeitswelt auf die Gesundheit von Berufstätigen auswirkt. Das Themenspektrum umfasst die Toxikologie von Arbeitsstoffen, die Wirkung der Arbeit auf das Immunsystem, die psychologischen und neurobiologischen Voraussetzungen für Arbeitsleistungen sowie die ergonomischen Anforderungen an den Arbeitsplatz.

Das IfADo erziele innovative, teilweise herausragende Forschungsergebnisse, so der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme. Mit der

langfristig angelegten Dortmunder Vitalstudie erreiche das Institut eine hohe Sichtbarkeit. Außerdem bringe es seine Expertise in wichtige Gremien ein, die Richtlinien und Gesetze erarbeiten.

Seit der letzten Evaluierung habe sich das Institut sehr gut weiterentwickelt. Über die Einrichtung einer Zentraleinheit Systemmodellierung sei gemeinsame Methodenkompetenz aufgebaut und die interne Zusammenarbeit verbessert worden. Der Senat empfiehlt, diesen Weg fortzuführen und das IfADo als Gesamtinstitut zur Erforschung der Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Arbeitsanforderungen weiter zu profilieren und sichtbar zu machen.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des IfADo fortzusetzen.

5) Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, Hamburg (HBI)

Das Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut untersucht den Medienwandel und die damit verbundenen strukturellen Veränderungen öffentlicher Kommunikation. Gegenstand der Arbeiten sind auch die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Schwerpunktmäßig befasst sich das Institut mit Hörfunk und Fernsehen sowie digitalen Medien.

Ausgehend von seinem traditionsreichen Schwerpunkt im klassischen Medienrecht und in der Journalismusforschung habe sich das Institut in den vergangenen Jahren erfolgreich der Forschung zu sozialen Medien geöffnet, so der Senat in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme. Vor diesem Hintergrund habe das HBI seine Expertise in den Informations- und Datenwissenschaften in den vergangenen Jahren gestärkt und plane, diesen Schwerpunkt weiter auszubauen. Mit seinen Forschungsergebnissen sei das HBI ein gefragter Ansprechpartner für die Beratung von Rundfunk und Politik. Als Grundlage für seine Arbeiten führe das Institut wichtige quantitative und qualitative Studien durch, aus denen wertvolle Datenbestände entstünden. Diese sollten in Zukunft auch zur externen Nutzung bereitgestellt werden.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des HBI fortzusetzen.

Die einzelnen Senatsstellungen finden Sie im Wortlaut auch auf den Internetseiten der Leibniz-Gemeinschaft unter www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/evaluierung/

Hintergrund:

Jede Leibniz-Einrichtung wird regelmäßig extern evaluiert, spätestens alle sieben Jahre. International ausgewiesene Sachverständige bewerten die Leistungen und Strukturen

jeder Einrichtung. Alle an der Bewertung und Beurteilung beteiligten Gremien sind ausschließlich mit Personen besetzt, die nicht an Leibniz-Einrichtungen tätig sind.

Grundlage für die Bewertung ist eine schriftliche Unterlage der Einrichtung und ein Evaluierungsbesuch am Institut. Die Ergebnisse der Begutachtung werden in einem Bewertungsbericht festgehalten, zu dem die bewertete Institution Stellung nehmen kann. Im Anschluss an die Bewertung verabschiedet der Senat der Leibniz-Gemeinschaft eine wissenschaftspolitische Stellungnahme. Die Stellungnahme schließt mit einer Förderempfehlung ab und dient der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) zur Überprüfung der Fördervoraussetzungen.

Die Senatsstellungnahme werden zusammen mit den Anlagen A (Darstellung der wesentlichen Inhalte und Strukturen der Einrichtung), B (Bewertungsbericht) und C (Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht) auf der Website der Leibniz-Gemeinschaft veröffentlicht.

Pressekontakt für die Leibniz-Gemeinschaft

Christoph Herbort-von Loeper

Tel.: 030 / 20 60 49 – 471

Mobil: 0174 / 310 81 74

herbort@leibniz-gemeinschaft.de

Die Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Sie betreiben erkenntnis- und anwendungsorientierte Forschung, auch in den übergreifenden Leibniz-Forschungsverbänden, sind oder unterhalten wissenschaftliche Infrastrukturen und bieten forschungsbasierte Dienstleistungen an. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer, vor allem mit den Leibniz-Forschungsmuseen. Sie berät und informiert Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Leibniz-Einrichtungen pflegen enge Kooperationen mit den Hochschulen u. a. in Form der Leibniz-WissenschaftsCampi, mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Sie unterliegen einem transparenten und unabhängigen Begutachtungsverfahren. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 21.300 Personen, darunter 12.200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das Finanzvolumen liegt bei gut 2,2 Milliarden Euro.

www.leibniz-gemeinschaft.de